



23.11.2009

Arbeiterwohlfahrt wird sich vom Zivildienst verabschieden

Die neue Bundesregierung will den Zivildienst von neun auf sechs Monate reduzieren und dadurch Millionen einsparen. Erhebliche Zusatzkosten und eine höhere Belastung für die Mitarbeiter im Sozialwesen werden stattdessen neu entstehen.

Die Geschäftsführerkonferenz des AWO-Bezirksverbandes Westliches Westfalen stellt fest: Ein 6-monatiger Zivildienst macht keinen Sinn mehr, weder für Zivildienstleistende noch für die Freie Wohlfahrtspflege. Nach Abzug von Einführungskursen, Einweisungen und Urlaub stehen effektiv nur noch viereinhalb Monate für den Dienst zur Verfügung.

Damit ist ein verantwortungsvoller Dienst am Menschen nicht mehr zumutbar. Bisher war es so, dass vertrauensvolle Beziehungen zwischen Betreuten und Zivildienstleistenden über Wochen aufgebaut wurden. Ein derart verkürzter Einsatz würde nun zu ständigen Wechseln führen, die in der täglichen Betreuung aber nicht wünschenswert sind – in der individuellen Schwerstbehinderten-Betreuung sind sie erst recht nicht vorstellbar.

Bisher übernahmen Zivildienstleistende ergänzende Aufgaben, für die Fachkräfte keine Zeit haben oder die nicht refinanzierbar sind. Allein in den Regierungsbezirken Münster und Arnsberg gibt es bei der AWO zurzeit noch ca. 330 Zivildienstleistende. Ein kompletter Wegfall wird viele Fahrdienste, Seniorenzentren, Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und Betreuungsdienste treffen und auf jeden Fall auch zu einem Qualitätsverlust führen, wenn nicht entsprechend gegengesteuert wird.

„Der Ausbau des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) könnte ein erster Schritt in die richtige Richtung sein“, so Wolfgang Altenbernd, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Bezirk Westliches Westfalen e.V. „In diesem Zusammenhang ist dann auch zu überlegen, ob die freiwerdenden Mittel des Zivildienstes nicht auch als zusätzliche Mittel für das FSJ bereitgestellt werden könnten. Nordrhein-Westfalen ist eines der wenigen Bundesländer, das das Freiwillige Soziale Jahr nicht finanziell fördert. Deshalb ist es nun an der Zeit, auch über eine entsprechende Landesförderung mit dem Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration zu reden.“